

## Europa muss die Jugend retten

**Kommentar Die Euro-Krise bedroht die künftigen Generationen hierzulande wie in den Peripheriestaaten. Sich von der Union abzuwenden, wäre aber fatal. Wir brauchen mehr Gemeinschaft.** von Danyal Bayaz

*Danyal Bayaz engagiert sich in der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)*

Gerechtigkeit für künftige Generationen bestimmt viele unserer öffentlichen Debatten. Atomkraftgegner wollen sie - und fordern deshalb einen sofortigen Umstieg auf nachhaltige Energieversorgung. Die Befürworter von längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken wollen auch Generationengerechtigkeit. Sie setzen sich deshalb vor allem dafür ein, dass die Versorgung gesichert ist. Die der künftigen Generationen, versteht sich.

Auch die derzeitige Krise in einigen Ländern der Europäischen Union wirft die Frage auf, welche Folgen sie für die kommenden Jahrgänge haben mag: Die Bundesrepublik soll sich mit über 200 Mrd. Euro an Garantien am ständigen EU-Rettungsfonds (ESM) beteiligen. Gehen diese massiven Haushaltsrisiken nicht wieder einmal zulasten künftiger Generationen, die sich dann wohl mit noch mehr Staatsschulden konfrontiert sehen und noch weniger Möglichkeiten haben, zukunftsträchtig in Bildung, Forschung und Infrastruktur hierzulande zu investieren ?

Oder ist es gerade aus Perspektive der Generationengerechtigkeit jetzt angebracht, sich solidarisch mit den jungen Menschen in Madrid, Athen und Lissabon zu zeigen, die derzeit zu Hunderttausenden auf die Straße gehen? Keine Neu-68er, keine Wutbürger, einfach gut ausgebildete junge Menschen, die nur eines wollen: einen Job. Die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit liegt im Euro-Raum bei 20 Prozent, in Spanien ist fast jeder zweite Jugendliche ohne Job.

Bisher wurde der Generationenkonflikt auf eine einfache Formel gebracht: Alt gegen Jung. Heute ist es etwas komplizierter: Die hiesige Generation Praktikum kämpft gegen die Generation Finanzkrise der europäischen Peripherie. Diese neue Form des Generationenkonfliktes stellt uns zwar vor eine dialektische Herausforderung, aber wer sie bis zum Ende durchdenkt, kann nur zu einem Schluss kommen: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger.

Der europäische Integrationsprozess hat einst als Friedensprojekt begonnen. Heute leben wir friedlich auf diesem Kontinent, engagieren uns von Zeit zu Zeit lediglich in militärischen Konflikten jenseits unserer Grenzen. Wozu also noch Europa, wenn der Frieden gerade für junge Menschen zur Selbstverständlichkeit geworden ist?

Damit aus der Schuldenkrise keine Identitätskrise wird, muss gerade uns jungen Deutschen klar werden: Die Zukunft Europas als gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum liegt in unserem ureigenen Interesse.

Zum einen ist unser volkswirtschaftliches Geschäftsmodell nach wie vor stark auf den Export ausgelegt. Mehr als 60 Prozent unserer Ausfuhren gehen in Länder der Europäischen Union. Der Euro hat sich dabei als profitables Zahlungsverkehrsmittel erwiesen. Wenn wir die Beschäftigung für junge Menschen, die auf den exportlastigen deutschen Arbeitsmarkt streben, auch langfristig auf solide Füße stellen wollen, müssen wir den Griechen helfen, ihre Konjunktur zu stabilisieren.

Wir haben von den Vorteilen des Euro immens profitiert, indem unsere Währung nicht länger aufwerten konnte. Unsere Exporte blieben dadurch billig. Nun gilt es, sich auch der Kehrseite des Euro zu stellen. Wir müssen die südeuropäischen Länder dabei unterstützen, wieder wettbewerbsfähig zu werden. Allein durch harte Sparauflagen geht das aber nicht.

Neben den Vorteilen für die Exportwirtschaft hat uns die europäische Integration eine Struktur des Bildungssektors beschert, wie sie weltweit ihresgleichen sucht: Initiativen wie das Erasmus-Programm machen es möglich, an den vielen exzellenten Universitäten unseres Kontinents grenzüberschreitend zu studieren. Natürlich gibt es berechtigte Kritik am Status quo der Bologna-Reform, die uns Bachelor- und Masterabschlüsse einbrachte. Doch bleibt die Idee eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes mit vergleichbaren Abschlüssen und Möglichkeiten zum Transfer von Studienleistungen richtig.

Trotz aller Vorteile des europäischen Gemeinschaftsgefühls bewegen wir uns gerade in die entgegengesetzte Richtung: Der deutsche Stammtisch schimpft auf griechische Rentner, Beamte und Politiker. Griechische Demonstranten machen auf der anderen Seite ihrem Ärger über die neuen "Euro-Nazis" Luft. Die politischen Verantwortungsträger in Brüssel, Berlin und Paris müssen endlich einsehen, dass es nicht ohne einen Haircut der griechischen Staatsschulden unter Einbezug privater Gläubiger geht. Nach schmerzhaften Sparanstrengungen bekommt der Staat nur so endlich wieder die Handlungsfähigkeit, im Sinne seiner jungen Bevölkerung zu investieren und zu wachsen.

Neben dem hektischen, tagesaktuellen Krisenmanagement müssen aber auch wieder die großen europäischen Ideen auf die Agenda genommen werden. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, hat mit seinem Vorschlag eines Euro-Finanzministeriums den ersten Schritt getan. Nach der Währungsunion ist nun die Fiskalunion die logische Konsequenz. Sie könnte durch eine von den Euro-Ländern gemeinsam begebene Anleihe Realität werden und zukunftsgerichtete Infrastrukturprojekte finanzieren. Die jungen Europäer würden für einen derart ausgestalteten Gemeinschaftshaushalt mehr Begeisterung zeigen als für den bisherigen Kuhhandel um Agrartöpfe.

Die USA sind derzeit sicherlich nicht das Land, in dem man wirtschaftspolitische Ideen abkupfern sollte. Aber auf dem Wappen der Halbdollarmünze steht ein bemerkenswerter Satz: E pluribus unum, aus vielen eines. Der Slogan könnte irgendwann einmal auch auf unseren Euro-Noten zu lesen sein, wenn unsere heute amtierenden Politiker die richtigen Weichen stellen. Das junge Europa würde es ihnen danken.

**Mehr zum Thema**

**Agenda** Die letzte Schlacht um Athen

(<http://www.ftd.de/politik/europa/agenda-die-letzte-schlacht-um-athen/60070503.html>)

**Euro-Krise** Webers Wende im Griechenland-Drama

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/euro-krise-webers-wende-im-griechenland-drama/60070221.html>)

**Schuldenkrise** Was Griechenland von der DDR lernen kann

(<http://www.ftd.de/politik/europa/schuldenkrise-was-griechenland-von-der-ddr-lernen-kann/60070136.html>)

**Geldpolitik in Euroland** Konjunkturalarm für die Euro-Zone

(<http://www.ftd.de/politik/europa/geldpolitik-in-euroland-konjunkturalarm-fuer-die-euro-zone/60068762.html>)

**Euro-Krise** Mehr Stress tut Banken gut

(<http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/euro-krise-mehr-stress-tut-banken-gut/60068337.html>)

**Schuldenkrise** Chaotische Laiendarsteller spielen griechische Tragödie

(<http://www.ftd.de/politik/europa/schuldenkrise-chaotische-laiendarsteller-spielen-griechische-tragoedie/60067418.html>)

Mehr zu: [Euro-Krise](#), [Europäische Union](#), [Schuldenkrise](#)

FTD.de, 29.06.2011

© 2011 Financial Times Deutschland